

Policy Brief: Zielkonflikte und Handlungsspielräume für sozialdemokratische Parteien in Westeuropa

Dr. Sarah Vanessa Losego



**ANNY
KLAWA-
MORF**

Stiftung Fondation Fondazione

Oktober 2025

Dieser Policy Brief fasst die zentralen Befunde der folgenden Studie zusammen: Abou-Chadi, Tarik, Silja Häusermann, Reto Mitteregger, Nadja Mosimann, Markus Wagner, 2025, Trade-Offs of Social Democratic Party Strategies in a Pluralized Issue Space: A Conjoint Analysis, *World Politics* 77(3).

Silja Häusermann ist Professorin für Schweizer Politik und Vergleichende Politische Ökonomie am Institut für Politikwissenschaft der Universität Zürich.

Reto Mitteregger ist Postdoktorand am Institut für Sozialwissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin.

Tarik Abou-Chadi ist Associate Professor of European Politics am Nuffield College an der University of Oxford.

Nadja Mosimann ist Geschäftsführerin des Thinktanks Denknetz. Zuvor war sie als Postdoktorandin an den Universitäten Zürich und Genf tätig.

Markus Wagner ist Professor für Quantitative Parteien- und Wahlforschung am Institut für Staatswissenschaft der Universität Wien.

Sarah Vanessa Losego hat an der Universität Trier im Fach Zeitgeschichte promoviert. Sie ist Projektmitarbeiterin bei der Anny-Klaw-Morf-Stiftung und hat diesen Policy Brief verfasst.

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Anny-Klaw-Morf-Stiftung.

Lead

Linke Wirtschaftspolitik ist bei nahezu allen potentiellen sozialdemokratischen Wähler*innen populär. Gleichzeitig wird moderate kulturelle Offenheit breit befürwortet. Das zeigen die Ergebnisse einer breit angelegten Studie von Tarik Abou-Chadi, Silja Häusermann, Reto Mitteregger, Nadja Mosimann und Markus Wagner, die in sechs westeuropäischen Ländern durchgeführt wurde. Die Studie zeichnet damit ein überraschend optimistisches Bild vielversprechender Handlungsspielräume: Sozialdemokratische Parteien können mit einer klar linken ökonomischen Linie und einer progressiven Kulturpolitik ihre Basis erweitern, ohne sie zu spalten. Denn das strategische Dilemma zwischen linker Wirtschaftspolitik und kultureller Progressivität ist weniger ausgeprägt als vielfach angenommen. Die Studie zeigt, dass erst stark progressive kulturelle Positionen zu möglichen Konflikten zwischen jüngeren und älteren Wähler*innen führen.

1. Einleitung: Strategische Positionierung in einem breiten politischen Themenspektrum

Sozialdemokratische Parteien in Westeuropa befinden sich in einer strategisch schwierigen Lage. Die Zeiten klarer Klassenloyalitäten sind vorbei, die Wählerschaft ist fragmentierter, die politische Konkurrenz vielfältiger geworden. Neben der traditionellen wirtschaftlichen Links-Rechts-Achse prägen heute kulturelle Konfliktlinien, identitätspolitische Fragen und die zunehmende Wichtigkeit von Themen wie Klimapolitik, Migration, Gleichstellung oder Wohnkosten den politischen Wettbewerb. Vor diesem Hintergrund wird in der politischen Analyse häufig die These vertreten, dass sozialdemokratische Parteien in einer strategischen Sackgasse stecken: Linke wirtschaftliche Positionen könnten Teile der Wählerschaft mobilisieren, schreckten andere indes deutlich ab; kulturell progressive Positionen würden junge, urbane Milieus begeistern, aber ältere oder weniger gebildete Wähler*innen verprellen.

Die diesem Policy-Brief zugrunde liegende Studie «Trade-Offs of Social Democratic Party Strategies in a Pluralized Issue Space: A Conjoint Analysis» testet diese Annahme empirisch aus und liefert überraschend optimistische Ergebnisse. Die strategische Ausgangslage ist weniger von unauflösbaren Zielkonflikten geprägt als häufig angenommen.

2. Studiendesign

Die Untersuchung basiert auf einer Analyse von über 12'000 Personen in sechs westeuropäischen Ländern (Dänemark, Deutschland, Österreich, Schweden, der Schweiz und Spanien). Alle Teilnehmenden bewerteten mehrfach hypothetische Parteiprogramme, die sich in ökonomischen und kulturellen Positionen unterschieden. Für die Analyse der strategischen Zielkonflikte richteten die Autor*innen den Fokus auf die potenzielle Wählerschaft der Sozialdemokraten, also auf jene Befragten, die auf einer Skala von 0 bis 10 mindestens eine 6 bei der generellen Wahlbereitschaft für sozialdemokratische Parteien angaben oder sich selbst politisch links der Mitte verorteten. Diese Eingrenzung stellt sicher, dass jene Zielkonflikte untersucht werden, die für die strategische Ausrichtung sozialdemokratischer Parteien tatsächlich relevant sind.

Ziel war es, Null-Summen-Zielkonflikte, bei denen eine Position die Unterstützung einer Gruppe steigert, aber gleichzeitig die einer anderen senkt, von themenbasierten Zielkonflikten, bei denen eine Position nur für eine Gruppe relevant ist, zu unterscheiden.

3. Zentrale empirische Befunde

Die Studie zeigt ein durchgehend klares Muster: Ökonomisch linke Positionen (starker Arbeitnehmerschutz, Ausbau der ausserfamiliären Kinderbetreuung, Senkung des Rentenalters, höhere Erbschaftssteuern, stärkere Mietregulierung) werden von allen relevanten Segmenten innerhalb der potenziellen sozialdemokratischen Wählerschaft befürwortet.

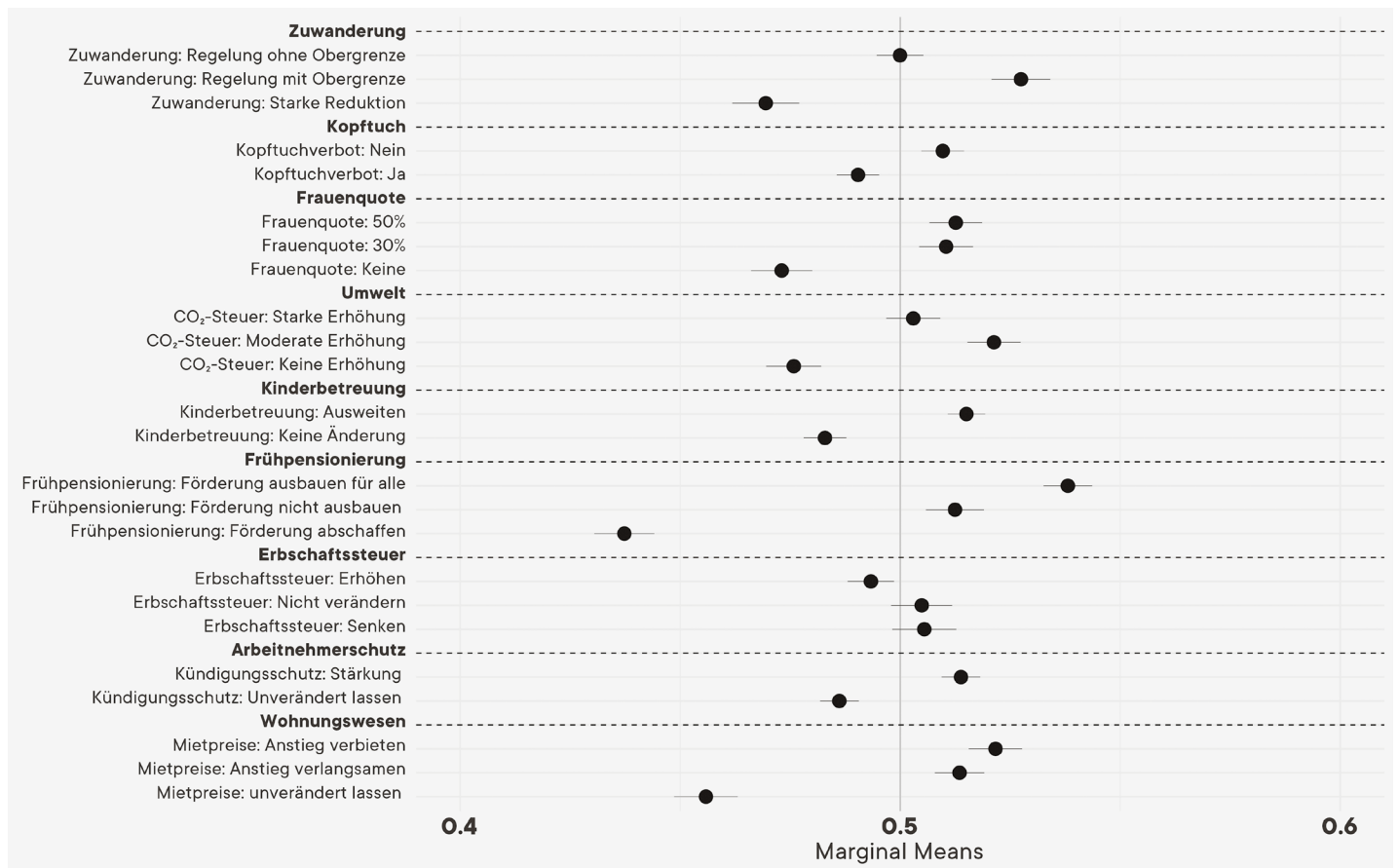


Abbildung: Die Abbildung zeigt, inwiefern potenzielle Wähler:innen sozialdemokratischer Parteien verschiedenen politischen Positionen zustimmen. Sie basiert auf Umfragedaten aus Dänemark, Deutschland, Österreich, Spanien, Schweden und der Schweiz. Als potenzielle Wähler*innen gelten diejenigen, die angeben, mit einer Wahrscheinlichkeit von > 5 (auf einer Skala von 0–10) jemals die Sozialdemokratische Partei zu wählen, oder die sich auf derselben Skala mit weniger als 5 im linken politischen Spektrum verorten.

Lesebeispiel: Mietpreisanstiege zu verbieten hat eine höhere Zustimmung als Mietpreisanstiege zu dämpfen und eine deutlich höhere Zustimmung als Mietpreise unverändert zu lassen.

Kulturell konservative Positionen wie eine restriktive Einwanderungspolitik, ein Kopftuchverbot, die Ablehnung von Frauenquoten und der Verzicht auf eine höhere CO₂-Besteuerung sind auf breiter Basis unpopulär, auch unter weniger gebildeten Personen und Arbeiter*innen, die in der Produktion tätig sind.

Kulturell deutlich progressive Positionen wie die Zustimmung zu einer Einwanderung ohne Obergrenze, der Verzicht auf ein Kopftuchverbot, eine hohe CO₂-Besteuerung und Frauenquoten von 50% in Führungsgremien spalten die potenzielle sozialdemokratische Wählerschaft stärker. Hier treten Null-Summen-Konflikte vor allem zwischen jüngeren oder hochgebildeten sowie älteren oder weniger gebildeten Wähler*innen auf. Echte Null-Summen-Zielkonflikte sind jedoch selten. Die meisten Konflikte beruhen darauf, dass nur eine Gruppe von Wähler*innen das jeweilige Thema überhaupt wichtig findet, während die andere dem Thema weitgehend gleichgültig gegenübersteht, anstatt aktiv dagegen zu sein.

4. Eine gemeinsame Basis: linke Wirtschaftspolitik

Einer der robustesten Befunde der Studie ist, dass eine deutlich linke Wirtschaftspolitik von allen Segmenten der potenziellen sozialdemokratischen Wählerschaft unterstützt wird. Anders gesagt: ein klar linkes ökonomisches Programm schreckt keine Wähler*innengruppen ab. Im Gegenteil: es ist die Basis, auf der auch kulturelle Differenzen abgemildert werden können. Selbst Gruppen, die kulturell weniger progressiv eingestellt sind, akzeptieren ein linkes Wirtschaftsprogramm und reagieren häufig indifferent auf kulturell progressive Botschaften, solange die ökonomische Komponente stimmt. Für Wahlkampf und Programmentwicklung bedeutet dies, wenn wirtschaftspolitische Botschaften unklar sind oder sich zu sehr an der politischen Mitte orientieren, schwächt dies die Attraktivität der sozialdemokratischen Parteien in allen Teilgruppen ihrer potenziellen Wählerschaft.

5. Gesellschaftspolitik: breite Akzeptanz für moderate Progressivität

Die grössere strategische Herausforderung für sozialdemokratische Parteien ergibt sich in gesellschaftspolitischen Fragen. Moderat progressive Positionen wie Frauenquoten von 30% in Führungsgremien oder Klimaschutz ohne drastische finanzielle Mehrbelastungen sind breit akzeptiert. Ausgeprägt progressive Positionen wie die Abschaffung von Einwanderungsobergrenzen, hohen CO₂-Steuern sowie Frauenquoten von 50% ziehen zwar junge und akademisch gebildete Wähler*innen an, riskieren aber Gegenreaktionen älterer und weniger gebildeter Gruppen. Das Konfliktpotenzial ist real, lässt sich jedoch deutlich entschärfen, wenn sozialdemokratische Parteien in gesellschaftspolitischen Fragen auf graduellen Fortschritt setzen und diesen mit einer ökonomisch dezidiert linken Ausrichtung verknüpfen.

6. Altersunterschiede: die unterschätzte Konfliktlinie

Die Studie identifiziert Altersunterschiede als wichtigsten Parameter für echte Null-Summen-Konflikte. Konflikte über Bildungsschichten oder Klassen hinweg sind demgegenüber weniger ausgeprägt. Wähler*innen im Alter unter 35 Jahren befürworten mehrheitlich dezidiert progressive politische Positionen wie ambitionierte Klimapolitik, liberale Einwanderungspolitik und Geschlechtergleichstellung. Wählende im Alter über 50 reagieren auf diese Themen mehrheitlich skeptischer, besonders bei Migration und Klimaschutz. Kurzfristig sind ältere Personen für sozialdemokratische Wahlerfolge unverzichtbar, denn sie sind zahlreicher und politisch partizipativer. Langfristig muss jedoch die Bindung jüngerer Wähler*innen gestärkt werden, um die Wähler*innenbasis der Zukunft zu sichern.

7. Bildung und Klasse: weniger konfliktträchtig als gedacht

Zwischen Bildungsgruppen finden sich kaum harte Zielkonflikte. Höher gebildete Wähler*innen zeigen stärkere Präferenzen für eine kulturell progressive Politik. Gleichzeitig reagieren sie negativ auf konservative Botschaften. Weniger gebildete Wählende sind wirtschaftlich ebenso links eingestellt, aber für kulturelle Themen deutlich weniger empfänglich, sowohl in positiver wie negativer Richtung. Insgesamt lässt sich sagen, dass weniger gebildete Gruppen kulturell progressive Positionen nicht geschlossen ablehnen; sie priorisieren sie schlicht weniger.

Klassendifferenzen treten vor allem bei der Migrationspolitik auf. Soziokulturelle Expert*innen aus der Mittelklasse, also gut qualifizierte Angestellte wie Lehrer*innen oder Ärzt*innen, haben hier deutlich progressivere Präferenzen als Personen aus der Arbeiter*innenklasse. Auch der Vergleich zwischen Arbeiter*innen in der Produktion und Angestellten des Dienstleistungssektors zeigt eine grössere Zurückhaltung ersterer gegenüber kulturell progressiven Themen. Bei den Angestellten, unter denen Frauen in der Überzahl sind, sind vor allem sie es, die kulturell progressiv eingestellt sind, insbesondere hinsichtlich gleichstellungssensibler Themen wie Kinderbetreuung und Frauenquoten.

Auch hier gilt jedoch, dass eine klar linke Wirtschaftspolitik Unterschiede in der gesellschaftspolitischen Haltung der unterschiedlichen Berufsgruppen deutlich abmildert.

8. Strategische Implikationen für sozialdemokratische Politik

Für sozialdemokratische Parteien ergibt sich eine klare strategische Stossrichtung:

- Eine dezidiert linke Wirtschaftspolitik ist das zentrale verbindende Element über alle Alters-, Klassen- und Bildungsgrenzen hinweg. Jede programmatische Verwässerung in diesem Bereich führt zu einem Verlust an Attraktivität, auch für kulturell progressiv eingestellte Gruppen.
- Kulturelle Konfliktlinien können durch die Verknüpfung mit einer kompromisslos linken wirtschaftspolitischen Ausrichtung entschärft werden: Während kulturell dezidiert progressive Positionen die Zustimmung bei jungen, hochgebildeten Wähler*innengruppen steigern, müssen die sozialdemokratischen Parteien mit möglichen Wähler*innenverlusten bei älteren oder bildungsschwächeren Gruppen rechnen. Moderate kulturelle Progressivität maximiert den Konsens. Darüber hinaus ist die Priorisierung entscheidend: Kulturelle Themen sollten in den Parteiprogrammen sichtbar bleiben, ohne jedoch die wirtschaftlichen Positionen zu überlagern.
- Keine Anbiederung an rechte Narrative: die Studie zeigt unmissverständlich auf, dass kulturell konservative Positionen wie restriktive Zuwanderungspolitik, Kopftuchverbot oder konservative Gleichstellungspolitik nicht nur bei progressiv eingestellten Wähler*innen unpopulär sind, sondern auch bei weniger gebildeten und älteren Personen kaum Zustimmung erzeugen.

9. Länderspezifische Nuancen

Ein wichtiger Befund der Studie ist die relative Stabilität der Ergebnisse über die Ländergrenzen hinweg. Trotz strukturell unterschiedlicher Parteiensysteme und länderspezifischer gesellschaftlicher Kontexte ähneln sich die Reaktionen potenzieller sozialdemokratischer Wähler*innen stark.

Es gibt allerdings Unterschiede in der Relevanz einzelner Themen: In Skandinavien wirkt das Thema Kinderbetreuung kaum mobilisierend, da diese dort bereits gut ausgebaut ist. In der Schweiz sind progressive Migrationspositionen populärer als in den anderen Ländern. In Spanien, Deutschland und Österreich ist die Unterstützung für eine dezidiert linke Wirtschaftspolitik besonders hoch. Diese Differenzen ermöglichen es sozialdemokratischen Parteien, ihre nationalen Wahlkampfstrategien gezielter abzustimmen; sie ändern aber nichts am generellen Befund.

10. Schluss

Die Studie liefert eine ermutigende Botschaft: Sozialdemokratische Parteien befinden sich nicht in einem strategisch unlösbareren Dilemma. Innerhalb der potenziellen sozialdemokratischen Wählerschaft lassen sich viele Spannungen durch kluge thematische Kombinationen und programmatische Priorisierungen entschärfen.

Die grosse Mehrheit der potenziellen sozialdemokratischen Wähler*innen lässt sich ohne harte Null-Summen-Konflikte mit einer Kombination aus ökonomisch dezidiert linken und kulturell moderat progressiven Positionen erreichen. Der Schlüssel liegt darin, die wirtschaftliche Linksausrichtung als verbindendes Element zu nutzen und kulturelle Differenzen bewusst zu moderieren, wobei Altersunterschiede besondere Aufmerksamkeit verdienen.

Eine rechte Rhetorik bringt keine neuen Wähler*innen, sondern entfremdet die eigene Basis. Die Zukunft der Sozialdemokratie liegt nicht im Zentrismus, sondern in einer glaubwürdigen und kohärenten linken Programmatik, die kulturelle Offenheit integriert, aber nicht priorisiert.

Herausgegeben von:

Anny-Klawa-Morf Stiftung
Falkenplatz 11
Postfach
3001 Bern
info@anny-klawa-morf.ch

Denknetz
Stauffacherstrasse 60
Postfach
8004 Zürich
info@denknetz.ch

Die Studie kann in gedruckter Form unter der E-Mail-Adresse
info@anny-klawa-morf.ch bezogen werden. Ab einer Bestellmenge von 5 Stück
wird ein Unkostenbeitrag von CHF 6.00 pro gedrucktes Exemplar verlangt.



Creative Commons Namensnennung – Nicht-kommerziell –
Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 International Lizenz

Die Anny-Klawa-Morf-Stiftung setzt sich für eine progressive politische Bildung in der Schweiz ein und orientiert sich an den Grundwerten der Sozialen Demokratie. Sie ist eine unabhängige Stiftung, die den Dialog und das Verständnis für die Demokratie befördern will. Die Stiftung ist operativ tätig und Mitglied bei der Foundation for European Progressive Studies (FEPS).

Das Denknetz ist ein Forum für den Austausch zu aktuellen Themen aus Wirtschafts-, Sozial- und Arbeitspolitik. Denknetz ist den Grundwerten der Freiheit, der Gleichheit und der Solidarität verpflichtet. Denknetz konstatiert zunehmende soziale Ungleichheiten und eine Tendenz zur Entsolidarisierung in der Gesellschaft. Es will die Mechanismen dieser Dynamik besser verstehen und Alternativen erkunden und diskutieren.

**Anny-Klawa-Morf-Stiftung
Falkenplatz 11
Postfach
3001 Bern
info@anny-klawa-morf.ch
www.anny-klawa-morf.ch**

**Denknetz
Stauffacherstrasse 60
Postfach
8004 Zürich
info@denknetz.ch
www.denknetz.ch**